

Chemnitz. Wegen drohender Differenzen in der Erzgebirgischen Kunstanstalt in Zschopau, bitten wir die Kollegen vor Annahmen von Engagement erst Erkundigung einzuholen bei der Verwaltung Chemnitz: Hugo Röhring, Bernhardstrasse 27.

Hamburg. In Firma Moritz Dreissig sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Firma ist gesperrt.

Achtung! Köln. In der Firma Heinrich Witte, Lith. Anstalt, drohen ernste Differenzen auszubrechen. Zuzug ist streng fernzuhalten und wollen alle Kollegen des graphischen Gewerbes im eigenen Interesse vor Stellungnahme unbedingt Erkundigungen einziehen.

Achtung, Leipzig, Lithographen! Trotzdem die Kollegen in der Privat-Lithographie Rich. Kluge, Leipzig, Gemeindeftr. 11 am 9. April die Arbeit wieder aufgenommen haben, ist es doch nötig, dass die eventl. in dieser Firma Stellungsuchenden Kollegen bei der Verwaltung erst anfragen und sich über die dort bestehenden Arbeitsbedingungen erkundigen.

München. In Firma F. Reichold sind die Differenzen beigelegt. Bericht folgt.

Niederbieber a. Rh. In der Blechwaren fabrik Aubach Hermann Buchholz drohen ernste Differenzen auszubrechen.

Rheydt. Infolge von Massregelungen und sonstiger Missstände ist über die Firma H. Schött, Aktiengesellschaft, die Sperre verhängt.

Achtung Chemigraphen!

In den Firmen Thedrau & Kraushaar und Himmel, Berlin, drohen wegen nicht Anerkennung des Tarifs Differenzen auszubrechen. Die beiden Firmen sind zu meiden.

Die Verwaltung Berlin II.

Achtung Lichtdrucker!

In bezug auf das in letzter Zeit in Umlauf gesetzte Flugblatt erwartet die Zentral-Kommission von den einzelnen Filialen, dass sie den jetzt bestehenden Tarif genau durchsehen und Aenderungen bis 1. Juni an Unterzeichneten einbringen.

Die Zentral-Kommission der Lichtdrucker Deutschlands.

I. A.:

F. Lochmann, Berlin 16, Michaelkirchstr. 19.

Schweden! Infolge Abgang des Vertrauensmannes sind alle Korrespondenzen bis auf weiteres zu richten an

G. Nilsson, Malmö, Södra-Promenaden 5.

Gesperrt die Firmen:

Berlin, Graphische Gesellschaft.

Niedersedlitz: Fa. Krey & Sommerlad.
Meissen für Lithographen und Steindrucker.
Meissen: Blech-Industrie-Werke vorm. Joh. Quaas in Liquidation.

Nürnberg. Ammersdorfer Kunstanstalt, Nürnberg, Konrad Günther, Adam-Kleinstr. Lalonde Maillot in St. Amand.
Budapest für Chemigraphen und Lichtdrucker.
Heinspoch: Firma Libsch jun.

Schweiz.

Bern. Firma Siebenmann & Co. ist gesperrt. Zuzug streng fernhalten.

Freiburg (Schweiz). In der Kartonnagenfabrik Freiburg (Schweiz) H. Wilczek haben sämtliche Lithographen, Steindrucker und Buchdrucker die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Achtung! Finnland.

Helsingfors. In der Firma Tilchmann wurden wegen übermässiger Lehrlings-Züchtereier 15 Kollegen gekündigt. Ernste Differenzen stehen bevor. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Kombinierte General-Versammlung beider Verbände.

Berlin, den 23. April 1905.

Die Delegierten beider Verbände traten nach den Vorversammlungen am 23. April zur gemeinsamen Beratung des Statutenwurfs zusammen. Das Bureau der Bundesversammlung wurde zur Leitung der Verhandlungen beibehalten. Sillier gab bekannt, dass, um den statutarischen und gesetzlichen Vorschriften nachzukommen und Anfechtungsklagen gegen die erzielten Beschlüsse nicht anhängig gemacht werden könnten; die Verbandsdelegierten nur an den Beratungen, nicht aber an den Abstimmungen teilnehmen dürften. Die geltenden Beschlüsse könnten nur durch die Bundesdelegierten gefasst werden. Ein Antrag auf beschränkte Redezeit wurde abgelehnt.

Hierauf referierte zum 2. Punkt der Tagesordnung, »Stellungnahme zur Verschmelzung«, der Kollege Müller, Bremen als Berichtersteller der 19er Kommission. Es ist eine schwierige Aufgabe für die Kommission gewesen, aus den verschiedenen Fassungen über die Verschmelzungsfrage eine praktische Vorlage zu schaffen. Die Bremer Resolution habe im scharfen Gegensatz zu den übrigen Anträgen gestanden. Der Verband hätte sich auf der Dresdener Generalversammlung diese Resolution zu eigen gemacht, da die übrigen Anträge mit Konzeptionen nur eine Zusammenlegung der Geschäfte bedeuteten. In Kassel sei nur im Prinzip über die Verschmelzung entschieden worden, um nach aussen zu wirken. Die beiden vorgelegenen Statutenwürfe, hätten wesentliche Veränderungen und Erweiterungen durch die Kommission erlitten, um eine annehmbare Statutenvorlage zu gestalten. Die Urabstimmung sei unter dem Einfluss dieser Vorlage vor sich gegangen und habe die Stimmung über die Verschmelzungsfrage noch bedeutend geklärt. In neuerer Zeit wären wieder neuere Verdächtigungen in bezug auf diese Frage zutage getreten, welche

Anlass gäben, dass Dreikassensystem zu belassen, um die Prosperität der Kassen jederzeit feststellen zu können, und um Befürchtungen; das Vermögen könne einmal verstreikt werden, zu vermeiden. Es sollten aber nur einerlei Mitglieder mit gleichen Pflichten und Rechten in Frage kommen dürfen, nicht aber solche mit sechs verschiedenartigen Beitrags- und Unterstützungssätzen, das bewirke bloss Wirrwar und eine Zersetzung der Organisation. Der Verband befände sich in der Vorwärtsbewegung, der Bund in der Rückwärtsbewegung, weshalb die Umgestaltung zur Weiterentwicklung durch die Einigung mit dem Verband zu einer grossen Organisation, um dadurch andere Verhältnisse zu schaffen, eine Notwendigkeit geworden wäre. Dass beim Bund keine Entwicklung vorhanden ist und eine Neuordnung unbedingt nötig ist, beweisen folgende Zahlen:

1900 hatte die Unterstützungskasse eine Einnahme von 138,000 Mk. und erzielte einen Ueberschuss von 57,000 Mk.; 1904 betrugten die Einnahmen 159,000 Mark und es wurde trotzdem ein Defizit erzielt. Die Invalidenkasse hatte 1900 eine Einnahme von 339,000 Mk. und einen Ueberschuss von 13,401 Mk. 1904 betrug der Ueberschuss nur 5250 Mk., da die Zahl der Invaliden von 26 auf 155 gewachsen war.

Das wären ungesunde Verhältnisse und man habe entweder eine Herabsetzung der Leistungen oder eine Erhöhung der Beiträge ins Auge fassen müssen. Das sei aber unangebracht, da eine Herabsetzung der Leistungen die Berechtigten zu sehr schädige und eine Erhöhung der Beiträge auch schwer möglich sei. Man habe aber ein anderes Mittel und zwar in der Verschmelzung gefunden.

Gesundheitsattest und Altersgrenze mussten fallen, da diese in den Rahmen einer Gewerkschaftsorganisation nicht hineingehören.

Trotzdem nun die Urabstimmung eine grosse Majorität gebracht, habe dieses eine Anzahl Kollegen Frankfurts nicht abgehalten, eine Klage gegen den Vorstand des Bundes anzustrengen, um den Zusammenschluss der deutschen Kollegschaft zu verhindern; ebenso habe Tischendörfer es nicht unterlassen können, in der »Sozialen Praxis« gegen das Unrecht zu polemisieren, das armen alten Mitgliedern, die der Gewerkschaftskasse nicht beitreten wollen, die erworbenen Rechte nehmen will. Die Berliner »Staatsbürger-Zeitung« habe ebenfalls einen gegen die Verschmelzung gerichteten Artikel gebracht, dessen Verfasser unter den gut unterrichteten Kollegen zu suchen sei.

Alle diese Artikel sprechen von der Absicht, dass den alten Mitgliedern ihre wohlverworbenen Rechte genommen werden sollen. Gegen diese falschen Darstellungen muss ganz entschieden protestiert werden. Verhindere man die Verschmelzung, dann würde unzweifelhaft das Eintreten, was in den Artikeln als Schreckgespenst gemalt ist; die Unterstützungskassen des Bundes müssten sich totbluten, weil den Kassen der frische Zufluss an jungen Mitgliedern fehlen würde. Nicht den Organisationszwang — sondern die Organisationspflicht sollte man an die erste Stelle setzen. Die jetzigen armen Alten hätten 1/3, Jahrzehnte lang wohl alle Rechte, die ihnen durch die unaufhörliche Arbeit der Organisation geworden, gern in Empfang genommen, aber die Pflichten haben sie nicht erfüllt. Besonders Tischendörfer habe sich die Aufgabe gestellt, die Behörden gegen die Verschmelzungsaktion scharf zu machen. Man lasse sich durch eine Klage nicht behindern, zu tun, was nötig sei, Einzig und allein

Zu Friedrich Schiller's Todestag.

(Fortsetzung.)

Was war nun zu tun? An einem Septembertag des Jahres 1782 verliess Schiller mit seinem Freund Streicher, einem Musiker, heimlich Stuttgart, wo er so viel Trübes erfahren hatte.

Nun ging es nach Mannheim. Durch den Erfolg seiner »Räuber« begeistert, entschloss er sich, ein Drama auf historischer Grundlage zu schaffen und führte dasselbe bei seiner Flucht bereits im Manuskript mit: »Die Verschwörung des Fiesco zu Genua«. Doch wie überhaupt das Jahr 1782 in seinem grössten Teile ein unglückliches für den Dichter war, so war auch sein Werk nicht vom Glück begünstigt, es musste sich immer und immer wieder einer Umarbeitung unterziehen lassen.

Aber auch in Mannheim war Schillers Bleibens nicht. Das Aufsehen, das seine Flucht in Stuttgart erregte und die Angst vor einer Auslieferung verleiteten ihm dortselbst den Aufenthalt. Er begab sich mit Streicher nach Sachsenhausen, wo er sich sicherer fühlte als in dem gegenüberliegenden Frankfurt. Von Streicher unterstützt und um Mannheim näher zu sein, zogen beide von hier aus nach dem Dorfe Oggersheim, das nur eine Stunde von Mannheim entfernt liegt. Und schon wieder war ein neuer Plan in Schiller gereift, diesmal zu einem bürgerlichen Drama: »Kabale und Liebe«.

Die ländliche Einsamkeit war sehr förderlich für diese Idee und er war sehr fleissig mit der Ausführung derselben. Durch allerlei Vorkommnisse, durch seine Freunde herbeigeführt, war er auch hier nicht mehr sicher und übersiedelte deshalb nach Bauerbach, einem Landgute der von Wolzogen'schen Familie. Seine Anwesenheit dortselbst wurde geheim gehalten, da die beiden Söhne der Familie Karlsschüler waren und man die Ungunst des Herzogs von Württemberg nicht auch auf diese heraufbeschwören wollte. Durch ein ihm wenig Hoffnung bereitendes Liebesverhältnis mit der Tochter des Hauses, Charlotte, durch seine immerwährende Geldverlegenheit, sah er sich veranlasst, auch diese gasliche Stätte zu verlassen. Seine Wohltäterin hatte ihm noch eine ansehnliche Summe Geld geborgt, welches sie jedoch nie wieder zurückerhalten sollte.

In Bauerbach wurde Schiller mit dem meiningischen Bibliothekar Reinwald, seinem späteren Schwager, bekannt. Derselbe besorgte von der meiningischen Bibliothek sämtliche Bücher, die Schiller zu seinen historischen Studien nötig hatte.

Von Bauerbach aus wandte sich Schiller wieder nach Mannheim. Die erhoffte Anstellung als Theaterdichter wurde ihm zugesagt und es schien fast, dass sich die Lebensverhältnisse des Dichters etwas sicherer gestalten würden. Langwierige Krankheiten und verschiedene Liebeshändel, in die er geraten war, hielten ihn jedoch

davon ab, seinen Verpflichtungen nachzukommen. So hielten Katharina Baumann, die Darstellerin seiner Luise, (Kabale und Liebe) dann die schöne Buchhändlerstochter Margarete Schwan, zuletzt die Majorsgattin Charlotte von Kalb seinen Sinn gefangen. Dazu kam eine sich immer mehr steigende Schuldenlast. Der Vertrag mit der Mannheimer Bühne wurde auch nicht mehr erneuert.

In die Zeit des wüsten Lebens, das Schiller in Mannheim führte, fielen auch die Aufführungen von »Fiesco« und »Kabale und Liebe«, wovon besonders das letztere mit kolossalem Jubel aufgenommen wurde.

Während nun die »Räuber« nur ein indirekter Angriff auf die damalige Gesellschaft war, indem Zeit und Handlung verlegt waren, während in dem Trauerspiel »Fiesco« die Republik Siegerin blieb, so verhielt es sich mit dem bürgerlichen Drama »Kabale und Liebe« ganz anders. Das war ein Zeitbild, eine furchtbare Anklage der bestehenden Gesellschaftsordnung. Nur die Erbitterung eines durch erbärmliche Verhältnisse zerstörten Lebens war es, welche den Dichter eine solche Sprache führen liess.

Des Aufenthalts in Mannheim müde, wusste Schiller eigentlich nicht recht, wohin sich wenden. Auch in seinem Schaffen machte sich eine andere Richtung geltend. Durch wissenschaftliche Studien abgelenkt, lief er Gefahr, die Bahn, die er bisher eingehalten hatte, zu verlassen.

Fortsetzung folgt.

die Generalversammlung sei massgebend, für das, was wir wollen.

Dem mit grossem Beifall aufgenommenen Referat folgte eine Generaldiskussion.

Kollege Hass zerlegt eingehend die Gründe der Gegner, dabei nachweisend, welche reaktionäre Mittel die Gegner ins Feld führen, indem sie die arbeiterfeindliche Staatsbürger-Zeitung zu ihrem Sprechorgan wählen.

Man habe sich nicht gescheut, Zwietracht zu säen und den Bruderkrieg in schärfster Form zu proklamieren.

Tischendörfer befinde sich jetzt in den rück-schrittlichsten Elementen der Kollegenschaft und selbst mit einem Unternehmer, wie Dr. Gerschel als Gegner der Verschmelzung in guter Gesellschaft.

Bezüglich der eingeleiteten Klage ist es bemerkenswert, dass derselbe Rechtsanwalt Justizrat Dr. Wertheim, der seinerzeit bei der Klage Herbst und Gen. die Rechte des Bundes vertrat; jetzt gegen den Bund aufgerufen ist. In dem damals eingeforderten Rechtsgutachten sagt Dr. Wertheim:

Es kann jedoch keineswegs als ein wohlverworbenes Recht des einzelnen Mitgliedes angesehen werden, dass ihm gerade die Unterstützung zuteil wird, wie solche zu irgend einer Zeit statutenmässig festgelegt ist. Die Voraussetzungen für die Unterstützungen, wie auch die Höhe im einzelnen Falle festzusetzen, ist Sache der Statuten. Durch dieselben erfolgt die Regelung derselben, und die Statuten werden die hierfür massgebenden Vorschriften den jeweiligen Zeitverhältnissen und gemeinschaftlichen Interessen anpassen. Die im einzelnen zu gewährenden Unterstützungen, der Umfang und die Voraussetzung derselben werden durch die Statuten in einer für alle Mitglieder bindenden Weise festgesetzt und die diesbezüglichen Bestimmungen der Statuten können auch jeweils in der durch die Statuten vorgesehenen Weise abgeändert werden. Die Möglichkeit, in dieser Hinsicht die Statuten dem Wechsel der Zeiten und der Verhältnisse des Vereins anzupassen, ist eine wirtschaftliche Existenzbedingung eines solchen Vereins. Die Statuten lassen auch keinen Zweifel darüber, dass diesbezügliche Abänderungen zulässig sein sollen. Dieselben betrachten dieses Recht als etwas selbstverständliches. Ich verweise in dieser Hinsicht auf § 55, Abs. 3 letzter Satz der Statuten, in welchem, von dieser Voraussetzung ausgehend, sogar die weitgehende Bestimmung enthalten ist, dass für die bereits erworbenen Unterstützungsansprüche die Beschlüsse der Generalversammlung, betreffend Erhöhung oder Erniedrigung der Unterstützungen, massgebend sein sollen.

Würde man die Verschmelzung nicht durchführen, so würden mit einem Niedergehen des Seneferder-Bundes die wohlverworbenen Rechte verloren gehen. (Beifall.)

Die Generaldiskussion ist geschlossen. Der nunmehr folgenden Statutenberatung, liegt der von der hierzu, laut Generalversammlungsbeschluss in Kassel gewählten Statutenberatungskommission, in Berlin vom 27.—29. November ausgearbeitete Entwurf des neuen Statutes, zugrunde.

Der Entwurf des neuen Statutes befindet sich in den Händen der Mitglieder, ebenso die zu demselben gestellten Abänderungsanträge in No. 3 der Mitteilungen des Seneferder-Bundes.

Ein Teil der gestellten Abänderungsanträge werden zurückgezogen, andere abgelehnt, weshalb hier nur die zur Annahme gelangten Anträge zum Abdruck gelangen.

Unter § 1 einfügen in Abs. 1: »Umzugsunterstützung«.

§ 1 im Abs. 2 unter g »im Inlande«, streichen. § 2 im Abs. 1 »Notenstecher«, streichen.

Ein während der Debatte eingegangener Antrag des Zentralverbandes der christlichen Arbeiter für das Graphische Gewerbe (Sitz Köln). »Die dem christlichen Verband angehörenden Bundesmitglieder vom Organisationszwang für die Gewerkschaftskasse zu entbinden«; ebenso ein Antrag Lahr, »diejenigen Mitglieder des Bundes, welche 15 Jahre Beitrag leisteten, sind von dem Eintritt in die Gewerkschaftskasse entbunden«, wie auch ein Antrag Gotha; werden nicht genügend unterstützt.

Nach einer längeren Debatte über den Antrag Lübeck zu § 2 in Verbindung mit § 29, Uebergangsbestimmungen, wird beschlossen, eine 7gliedrige Kommission, welche berechtigt ist, Mitglieder des Verbandes ohne Stimmrecht hinzuzuziehen; zur Beratung des Statuts zu wählen.

Als Mitglieder der Kommission werden folgende Bundesabgeordnete gewählt: Hass, Berlin; Müller, Bremen; Bauknecht, Stuttgart; Rudolph, Hamburg; Böhm, Mainz; Mühlhagen, Leipzig; Fleck, Frankfurt.

Es tritt eine Pause von einer Viertelstunde ein. Der nächste Punkt der Tagesordnung: Tarifbewegung wird mit Rücksicht auf die abwesende Statutenberatungskommission vorläufig zurückgestellt und steht nunmehr Punkt 4 der Tagesordnung zur Beratung.

Internationaler Kongress. Sillier berichtet, dass auf dem letzten Kongress in Mailand prinzipielle Beschlüsse nicht gefasst worden seien. Neben den bisherigen, suchen auch jetzt die amerikanischen Kollegen den Anschluss. Man nehme gegenseitig die Mitglieder ohne Eintrittsgeld in die Organisation auf. Die Reiseunterstützung wird pro Kilometer mit 4 Pf. aus der

nationalen Kasse bezahlt; der internationale Beitrag ist von 40 auf 25 Pf. pro Jahr und Kopf herabgesetzt. Für den nächsten Kongress, welcher in Wien stattfindet, schlage er vor, je einen Vertreter des Vorstandes, der Kontrollkommission und der Presse zu delegieren.

Obier stellt den Antrag, 3 Delegierte zu wählen. Ueber das Fehlen, das späte Erscheinen, die Verteilung und den Wert der Protokolle, entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher Sillier erklärt, dass trotz Anfrage noch kein Protokoll vom internationalen Kongress zu erhalten sei; das Protokoll der tagenden Generalversammlungen würden die Mitglieder schon in einigen Tagen erhalten können. Mühlberger, Wien gibt zu bedenken, dass man allzu viel praktische Resultate von einem internationalen Kongress nicht verlangen könnte. Zu begrüssen wäre es, wenn entsprechend der Kritik der deutschen Kollegen, auch praktische Arbeit geleistet würde.

Ein Antrag: »Die wichtigsten Verhandlungen der internationalen Kongresse in einer Beilage der »Graph. Presse« zum Abdruck zu bringen« wird angenommen; ebenso der Antrag je ein Mitglied des Vorstandes, der Kontrollkommission und den Redakteur der »Graph. Presse« zum internationalen Kongress in Wien zu delegieren, angenommen.

Bei Punkt 5: Gewerkschafts-Kongress

geht Sillier eingehend auf die vorliegenden Aufgaben des im Mai stattfindenden Gewerkschaftskongresses ein, begründet die Beteiligung unsererseits und befürwortet die Herausgabe fremdsprachlicher Flugblätter, durch welche erwiesenermassen das Streikbrechertum eingedämmt worden sei. Des weiteren spricht er seine persönliche Ansicht über die Generalstreikidee und die zukünftige Maifeier aus. In der Debatte über diesen Punkt präzisieren eine Anzahl Delegierte ihre Wünsche bezüglich der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, Generalstreik, Maifeier, Reichs-Arbeiter-Sekretariat und Streiksammlungen. In seinem Schlusswort bekämpft Sillier die Ansicht, dass die Frage des Generalstreiks schon geklärt sei, indem er diese Frage noch für verfrüht hält. Eine einheitliche Maidemonstration am Abend des ersten Mai sei anzustreben.

Die auf der Generalversammlung in Dresden gewählten Delegierten werden bestätigt und als Ersatzmann Schubert, Leipzig hinzugewählt.

Nach Bekanntgabe einer Anzahl Begrüssungsschreiben, wird die Sitzung geschlossen.

Bericht über die Verhandlungen

der 6. (ausserordentlichen) Generalversammlung des Verbandes der

Lithographen, Steindruckers u. Berufsgen. Deutschl.

2. Tag. Sonnabend, den 22. April 1905. Eröffnung 9 Uhr.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte über die Nürnberger Angelegenheit und eine Resolution, in dieser Angelegenheit, nur noch Ries und Stauffer sprechen zu lassen, wird angenommen. Die genannten verzichten aufs Wort. Der Redakteur wird angewiesen für die Folge bei Lohnbewegungen nur Artikel mit Zustimmung der betr. Lohnkommission zu bringen.

In der Diskussion über die Rechenschaftsberichte des Vorstandes, Ausschusses und der Presskommission wurde bemängelt, dass der Vorstand der Berichterstattung bei Lohnbewegungen zu wenig Beachtung schenke. Schmidt-München wendet sich gegen den in Leipzig abgeschlossenen Tarif; die Dauer desselben wird für viel zu lang bezeichnet. Sillier betont, dass eine allgemeine Befriedigung bei einem Tarifabschluss selten eintritt, weil man immer mehr erwartet hatte, als erreicht wurde; ihm scheine in Leipzig das zurzeit Mögliche erreicht, obwohl auch er die Dauer des Tarifs und die Höhe des Mindestlohnes nicht als Vorbild ansehen will. Kollege Domnik übt scharfe Kritik an der Haltung der Presse, wieweil die Presse besser geworden sei, so nehme der Redakteur doch zu den laufenden Tages- und Berufsfragen keine Stellung, weshalb jede geistige Führung der Mitglieder von dieser Stelle fehle. Pfeiffer-Leipzig verteidigt den Leipziger Tarif gegen die geübten Kritiken, die irrtümlichen Auffassungen zuzuschreiben sind. Die angeführten Artikel Obiers entsprechen durchaus den Verhältnissen der Bewegung. Obier gibt eine teilweise Berechtigung der Kritik zu, verwahrt sich aber gegen die masslose, verletzende Kritik Domnik's. Eine Redaktion wie sie anscheinend Domnik wünsche, entsprechend einer wissenschaftlichen Zeitschrift, könne er nicht führen; dazu fehle ihm die wissenschaftliche Vorbildung: Er sei eben Arbeiter. Im weiteren konnte er sich von der Leipziger Arbeit nicht plötzlich frei machen. Werde er von der übermässigen Arbeitslast befreit, und dies ist jetzt durchführbar, so könne er sich der Presse ganz widmen. Eine Anzahl Redner gestehen Mängel der Presse zu, verurteilen jedoch die unangebrachte verletzende Kritik der Berliner Delegation.

Domnik verteidigt noch einmal seine Stellungnahme gegenüber der Presse und führt die Fachpresse der Handlungshelfen als Vorbild an.

Sillier geht auf die am Vorstandsbericht geübte Kritik ein, präzisiert seine Stellungnahme zur Tarifbewegung und gegenüber dem Ausschuss. Es folgen

einige persönliche Bemerkungen und gelangt dann Punkt 3 der Tagesordnung: die Wiederaufnahme der Steinschleifer in den Verband zur Beratung.

Ein Antrag Bracke-Hannover, zur Tagesordnung überzugehen, wird abgelehnt.

Kollege Rose, der mit beratender Stimme zugezogen ist, spricht warm und überzeugend für die Wiederaufnahme der Schleifer, damit man das Unrecht, welches die Dresdener Generalversammlung mit dem Ausschluss begangen, wieder gut mache. Demgegenüber plädiert Frau Thiede, Vorsitzende des Steindruckereihilarbeiterverbandes für die Erweiterung des Dresdener Beschlusses. Nachdem sich eine grössere Anzahl Delegierter auf den Standpunkt der Frau Thiede gestellt, wird der Antrag auf Wiederaufnahme der Schleifer, gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag: alle im Verband vorhandenen Schleifer dem Hilfsarbeiterverbände mit gleichen Rechten zu überweisen, wird mit 42 gegen 10 Stimmen angenommen.

Nachdem Weykopf, Tapetendrucker, noch angefragt, wann denn nun die Tapetendrucker ausgeschlossen werden und Sillier erwidert, dass diese Anfrage an die gemeinsame Generalversammlung gerichtet werden müsste, wird noch beschlossen, über die Frage der rechtlichen Stellung der Präger innerhalb unseres Verbandes, zur Tagesordnung überzugehen.

Mit einem Hinweis, dass alle Delegierten des Verbandes mit beratender Stimme an der Bundes-Generalversammlung teilnehmen und nach den Beschlüssen der Bundes-Generalversammlung eine abermalige Sitzung des Verbandes einberufen wird, um den eventuellen Uebertrittsbeschluss herbeizuführen, wird um 5 Uhr nachmittags die Generalversammlung geschlossen.

Zum Lichtdrucker-Tarif.

Nachdem der Tarif der Lichtdrucker, Photographen, Präparateure und Retuscheure Deutschlands nun 1 Jahr in Kraft ist, lohnt es sich wohl der Mühe, über die Wirkungen desselben zu sprechen. Gleichzeitig ist es angebracht, daran zu erinnern, dass die Kündigung dieses Tarifes am 31. Dezember 1905 zu erfolgen hat und sind wir schon aus letztem Grunde gezwungen, über den Tarif und eventuelle Veränderungen, welche wir haben wollen, zu diskutieren.

- Zunächst einige Fragen:
1. Hat der Tarif uns Vorteile gebracht?
 2. Ist er da, wo anerkannt, auch durchgeführt oder warum nicht?
 3. Hat der Tarif seinen Zweck erfüllt?
 4. Sind wir gewillt, in diesem Fahrwasser weiter zu segeln oder was wollen wir tun?

Die Beantwortung dieser Fragen, welche einem jeden, der sich zum Lichtdruckfach rechnet, auf der Zunge brennen müssen, soll meine Aufgabe sein und ich will versuchen, sachlich und ohne irgend welche Fehler, die gemacht worden sind, hervorzuheben, die Diskussion zu eröffnen.

Die Tariffreunde im allgemeinen (und ich rechne mich auch dazu) sagen: Ja, der Tarif hat uns gutes erzeugt! In einer Reihe von Firmen sind die Arbeitsbedingungen nach unserem Tarif oder noch weiter ausgedehnt. Es verlohnt sich nicht, diese noch mal anzuführen, die Firmen sind ja wiederholt bekannt gemacht.

Mit Recht kann man dies als Vorteile für uns reklamieren. Andererseits kann man auch von Nachteilen sprechen und diese werden sich in den weiteren Ausführungen zeigen.

Ich sagte schon, der Tarif ist in einer Reihe von Firmen anerkannt! Ist er auch durchgeführt? Man kann wohl nicht immer mit »ja« antworten. Aber woran liegt das?

Der Vorstands-Bericht unserer letzten Generalversammlung sagt, dass die Lichtdrucker-Bewegung abgeflaut ist, zu deutsch: die Lichtdrucker schlafen! Und wohl mit wenigen Ausnahmen kann man sagen: mit Recht!

In den grossen Städten hört man wohl, dass über den Tarif gesprochen wird, in den kleinen unterhält man sich privat davon, und die Kollegen, welche sich für den Tarif interessieren, werden ausgelacht! Warum? Weil nicht alles ganz allein gegangen ist, weil es zur Durchführung des Tarifes nötig war, dass alle Kollegen hinter denen standen, welche berufen und gewählt waren, die Einführung der Bedingungen durchzusetzen. Weil man auch die Konsequenzen auf sich nehmen sollte, und dazu sind unsere Lichtdrucker noch nicht reif genug; viele sind der Meinung, wenn sie eine Woche keine Beschäftigung haben, dann kommt der Hunger. Andere, und nicht wenige, wollen ihr Brot in Ruhe essen und sind höchstens dazu fähig, das, was die regen Kollegen errungen haben, mit zu geniessen. Es gibt auch Kollegen, welche den Standpunkt vertreten: der Tarif muss wieder weg! Diese schädigen unsere Sache ebenso, weil sie einen Keil in die Reihen der Kollegen treiben und damit die Wankelmütigen noch unterstützen.

Hat der Tarif seinen Zweck erreicht? Der Vorstands-Bericht sagt zu dem Tarif der Chemigraphen, den ich hier als Beispiel anziehen will: »Die Einführung des Tarifes ist im allgemeinen ohne besondere Schwierigkeiten vor sich gegangen.« Mit Recht! Aber wie kam das? Vergessen wir nicht, dass die Chemigraphen eine Unterstützung

